

Wozu die Panikmache?

Nur ein gemeinsamer demokratischer Staat ist in Palästina und Israel möglich

Von Ramzy Baroud, Palestine Chronicle

Schon lange vor dem 28. Dezember, als John Kerry, Außenminister der USA, im Dean Acheson Auditorium in Washington DC hochtrabend vom Podium aus über die Zukunft der Zweistaatenlösung und der Notwendigkeit Israel vor sich selbst zu retten sprach, war das Thema eines palästinensischen Staates von größter Bedeutung gewesen.

Entgegen der allgemeinen Meinung, geht der Vorstoß einen palästinensischen und einen jüdischen Staat zu etablieren, die Seite an Seite existieren, auf Jahre vor der Verabschiedung der UN-Resolution 181 im November 1947 zurück. Die berühmt-berüchtigte Resolution hatte die Teilung Palästinas in drei Bereiche vorgeschlagen: einen jüdischen Staat, einen palästinensischen Staat und eine international verwaltete Zone, um Jerusalem zu regieren.

Eine gründlichere Auseinandersetzung mit der Geschichte zeigt zahlreiche Verweise auf einen palästinensischen (oder arabischen) Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.

Die Idee von zwei Staaten ist schlechthin eine westliche Idee. Weder eine palästinensische Partei noch ein palästinensischer Führer hatte je daran gedacht, dass Teilung eine Option wäre. Eine solche Idee schien grotesk, teilweise deshalb weil, wie Ilan Pappes „Die ethnische Säuberung Palästinas“ zeigt, der größte Teil des kultivierten Landes Palästinas der eingeborenen Bevölkerung gehörte, während im Jahr 1947 lediglich 5,8% in jüdischem Besitz war.

Ein früherer, aber ebenso wichtiger Hinweis auf einen palästinensischen Staat wurde von der Peel Kommission gemacht, einer britischen Untersuchungskommission, die von Lord Peel geleitet wurde. Diese wurde nach Palästina entsandt, um die Gründe für die Streiks und Aufstände und der späteren bewaffneten Rebellion zu untersuchen, die 1936 begannen und fast drei Jahre andauerten.

Es gibt zwei „den Unruhen zugrunde liegende Gründe“ stellte die Kommission fest: Das palästinensische Streben nach Unabhängigkeit und den „Hass und die Angst vor der Etablierung einer jüdischen nationalen Heimstätte“. Letzteres war der zionistischen Föderation Großbritanniens und Irlands im Jahr 1917 von der britischen Regierung versprochen worden. Sie wurde als „Balfour-Erklärung“ bekannt.

Die Peel-Kommission empfahl die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat, der mit Transjordanien verbunden sein und Enklaven für die britische Mandatsmacht enthalten sollte.

In der Zeit zwischen der Empfehlung vor 80 Jahren und Kerrys Warnung, dass die Zweistaatenlösung „in ernsthafter Gefahr“ sei, wurde sehr wenig getan um einen palästinensischen Staat zu gründen. Schlimmer noch, die USA haben ihre Veto-Macht bei der UNO wiederholt dazu benutzt, die Etablierung eines palästinensischen Staates zu verhindern und ihre politische und ökonomische Macht, um andere einzuschüchtern und sie von einer (gleichwohl symbolischen) Anerkennung eines palästinensischen Staats abzubringen. Die USA haben auch eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung illegaler jüdischer Siedlungen im Westjordanland und Jerusalem gespielt – alles was die Existenz eines palästinensischen Staates praktisch unmöglich gemacht hat.

Die Frage ist: Warum fährt der Westen damit fort die Zweistaatenlösung als politischen Parameter für eine Lösung zum israelisch-palästinensischen Konflikt zu benutzen, während er gleichzeitig sicherstellt, dass sein eigenes Rezept zur Konfliktlösung niemals Wirklichkeit wird?

Die Antwort liegt teilweise darin, dass die Zweistaatenlösung von Anfang an nicht dazu erdacht war umgesetzt zu werden. Wie der „Friedensprozess“ und andere Vorwände zielte die Zweistaatenlösung darauf ab, unter Palästinensern und Arabern die Idee aufrechtzuerhalten, dass es ein erstrebenswertes Ziel gäbe, ungeachtet dessen, dass dieses unerreichbar ist.

Doch sogar das Ziel selbst war abhängig von einer Reihe von Forderungen, die schon von Anfang an unrealistisch waren. Palästinenser hätten der Gewalt (ihres bewaffneten Widerstands gegen die israelische Militärbesatzung) abschwören müssen, unterschiedlichen UN-Resolutionen zustimmen müssen (auch wenn Israel dieselben Resolutionen noch immer ablehnt), das „Recht“ Israels als jüdischer Staat zu existieren akzeptieren müssen und so weiter.

Dieser noch zu etablierende palästinensische Staat sollte demilitarisiert und zwischen Westjordanland und Gazastreifen getrennt sein, und der Großteil des besetzten Ostjerusalems sollte ausgegrenzt sein.

Für Palästinenser ist die Debatte Israel müsse sich dazwischen entscheiden, demokratisch oder jüdisch zu sein, irrsinnig.

Viele neue „kreative“ Lösungen wurden angeboten um die israelischen Ängste zu mindern, dass der nichtexistierende palästinensische Staat – sollte er etabliert werden – nie zu einer Gefahr für Israel werden könnte. Zeitweise wurde eine Konföderation zwischen Palästina und Jordanien diskutiert, zeitweise gab es den Vorschlag den Gazastreifen zu einem zu Staat machen und 60% des Westjordanlands zu annektieren.

Dies ist einer der neuesten Vorschläge des Vorsitzenden der Partei „Jüdisches Heim“, Naftali Bennet.

Wenn die Verbündeten Israels, die frustriert sind von der Erstarkung der Rechten in Israel und von Premierminister Netanyahus Halsstarrigkeit darauf beharren, dass die Zeit für eine Zweistaatenlösung ablaufe, drücken sie ihren Ärger in Form von „tough love“ aus. Die israelische Siedlungstätigkeit führe zu einer „sich immer weiter verfestigenden Unumkehrbarkeit einer Einstaatenrealität“.

Eine solche Realität würde Israel dazu zwingen entweder bezüglich der jüdischen Identität ihres Staates Kompromisse zu machen (als ob religiös/ethnische Identitäten eine normale Voraussetzung für einen modernen demokratischen Staat sei), oder Israel müsste damit fertig werden ein Apartheidstaat zu sein (als ob dieser nicht sowieso schon existieren würde).

Kerry warnte Israel davor, dass es früher oder später nur noch die Option hätte die Palästinenser „unter eine andauernde militärische Besatzung zu stellen, und ihnen die grundsätzlichen Freiheiten vorzuenthalten“ und dadurch den Grundstein zu einem „getrennten und ungleichen“ Szenario zu legen.

Doch während die Warnungen, dass die Möglichkeit zu einer Zweistaatenlösung immer mehr zerfällt, machten sich nur Wenige die Mühe die Realität aus der palästinensischen Perspektive zu verstehen.

Für Palästinenser ist die Debatte Israel müsse sich dazwischen entscheiden, demokratisch oder jüdisch zu sein, irrsinnig. Für Israelis gilt Israels Demokratie für die jüdischen Bürger und niemand anderen, während die Palästinenser für Jahrzehnte hinter Mauern, Zäunen, in Gefängnissen und belagerten Enklaven wie dem Gazastreifen, existieren.

Es ist Zeit Illusionen aufzugeben und alle Energien darauf zu verwenden Koexistenz zu fördern, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit für alle basiert.

Gewiss kann es einen Staat zwischen dem Meer und dem Fluss geben – einen demokratischen Staat für alle, ohne Rücksicht auf ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

Mit der separaten Gesetzgebung und den getrennten Regeln und Realitäten, die auf die beiden unterschiedlichen Gruppen angewandt werden, war Kerrys „getrenntes aber ungleiches“ Apartheid-Szenario bereits bei der Gründung Israels 1948 Wirklichkeit geworden.

Zwei Drittel der Palästinenser, die die Illusionen ihrer gescheiterten Führerschaft satt haben sind laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage jetzt der Meinung, dass eine Zweistaatenlösung nicht möglich ist (<http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/221681>). Die Anzahl derer, die diese Meinung teilen wächst so schnell, wie der massive illegale Siedlungsbau im besetzten Westjordanland und in Jerusalem wächst.

Das ist kein Argument gegen die Zweistaatenlösung, denn diese existierte nur als Trick um die Palästinenser zu beschwichtigen, Zeit zu gewinnen und den Konflikt mit der Illusion eines politischen Horizonts einzugrenzen.

Zu sagen, dass die Zweistaatenlösung jetzt tot sei, bedeutet der Illusion anzuhängen, dass diese irgendwann einmal am Leben und möglich war.

Jeder sollte verstehen, dass Koexistenz in einem demokratischen Staat kein dunkles Szenario ist, das ein Verhängnis für die Region bedeutet.

Es ist Zeit unerreichbare Illusionen aufzugeben und alle Energien darauf zu verwenden Koexistenz zu fördern, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit für alle basiert.

Gewiss kann es einen Staat zwischen dem Meer und dem Fluss geben – einen demokratischen Staat für alle, ohne Rücksicht auf ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

Von Ramzy Baroud, Palestine Chronicle, 11.01.17

Quelle: palestinechronicle.com/why-the-fear-mongering-only-one-democratic-state-is-possible-in-palestine-and-israel

Übersetzung: M. Kunkel, Pako
palaestinakomitee-stuttgart.de